

Haushaltsrede 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Gruß gilt allen Gästen und den Vertretern der Presse.

Das Thema, das die Tagespolitik seit Wochen und Monaten bestimmt, ist die große Zahl der Menschen, die zu uns als Flüchtlinge kommen; die zu einem großen Teil unmenschliche Strapazen auf sich genommen haben, weil Krieg und Verfolgung ihr Leben und das ihrer Familien bedroht.

Im Namen der CDU-Kreistagsfraktion möchte ich an dieser Stelle allen danken, die bis heute in irgendeiner Form als ehrenamtliche Helfer, als Mitglieder von Hilfsorganisationen oder als Angestellte der Verwaltungen oft Tage und auch Nächte die Flüchtlinge willkommen heißen haben. Sie haben alle dafür gesorgt, dass diese Menschen herzlich empfangen werden und eine menschenwürdige Unterkunft erhalten. Sie alle stehen für eine herzliche Willkommenskultur im Kreis Heinsberg. Vergelt's Gott. Vielen, vielen Dank, es ist toll, dass es Sie gibt.

Die hohe Zahl an hier ankommenden Flüchtlingen stellt die Kommunen und den Kreis aber auch vor große Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit wurde an mehreren Standorten im Kreisgebiet eine große Anzahl an Plätzen für Flüchtlinge geschaffen.

Derzeit leben insgesamt 3410 Flüchtlinge im Kreis Heinsberg: 413 in Notunterkünften zur Erstaufnahme und 2997 in den Städten und Gemeinden. Zudem bieten die Kommunen des Kreises Heinsberg derzeit 2133 bereits auf die Kommunen verteilten Flüchtlingen Unterkunft. Insgesamt verfügen die vom Kreis Heinsberg bekanntlich in Amtshilfe für das Land geschaffenen Notunterkünfte über 563 Plätze. Darüber hinaus hat der Kreis Heinsberg in Wegberg-Petersholz 80 zusätzliche Plätze geschaffen, die nach Abschluss der Trinkwasseruntersuchung freigegeben werden könnten. Diese Plätze dienen den Jugendämtern im Kreisgebiet zur Unterbringung und Betreuung der vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die Zahl der den kreisangehörigen Kommunen zugewiesenen Flüchtlinge ist dagegen kontinuierlich auf derzeit 2997 Personen angestiegen (Quelle: Heinsberger Zeitung, Ausgabe vom 10.12.15, Bericht aus dem Kreisausschuss)

Am 20.11.2015 wurden 835.000 € der bisherigen Kosten der Bezirksregierung mit Belegen übergeben und um Erstattung der Kosten gebeten. Vor dem Hintergrund, dass lediglich ein Mitarbeiter der Bezirksregierung derzeit für die Bearbeitung der Rechnungen abgestellt ist, wird gehofft, dass keine zu zeitaufwändige Prüfung aller Rechnungen und die entsprechende Zahlung bis Ende des Jahres erfolgt.

Das Land hat mitgeteilt, dass die **notwendigen und angemessenen Kosten erstattet** werden.

Derzeit tritt der Kreis aber vollständig in Vorleistung. Es bleibt abzuwarten, ob die Kostenerstattung letztlich so reibungslos abläuft wie erhofft. An anderen Stellen hat das Land NRW bereits gezeigt, dass es sich nicht immer an seine Zusagen hält.

Es gilt den Menschen, die zu uns gekommen sind, neben einer menschenwürdigen Unterbringung aber auch Perspektiven für eine Zukunft hier in Deutschland aufzuzeigen.

Ein wichtiger oder gar der wichtigste Baustein ist die Erlernung der deutschen Sprache.

Deshalb engagiert sich die Volkshochschule des Kreises Heinsberg im Bereich der Sprachförderung für Flüchtlinge. Aus diesem Grunde wurden im Januar 2015 zusätzliche Kurse organisiert.

Im Regelfalle sind diese Kurse für die teilnehmenden Flüchtlinge kostenfrei; die Finanzierung erfolgt zu 25 % durch die Sozialämter und zu 75 % durch die VHS aus Kreismitteln.

Zur finanziellen Unterstützung der VHS wird das Kommunale Integrationszentrum Kreis Heinsberg im Entwurf des Haushaltsplanes 2016 den Betrag von 20.000 € für die Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge veranschlagen. Außerdem wird die VHS die Kooperation mit den Ehrenamtlichen verstärken und diese unterstützen.

Neben den genannten Maßnahmen sind vor allem auch Investitionen, in verschiedenen anderen Bereichen, z.B. der Infrastruktur notwendig, damit eine gute und rasche Integration möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass die Menschen, die zu uns kommen für unsere Gesellschaft eine Bereicherung sind. Ich will die derzeitigen Probleme gar nicht weg diskutieren. Aber Zäune und Abschottung können nicht die Lösung des Problems sein.

Und auch ich bin davon überzeugt, wir schaffen das in Deutschland.

Sehr geehrte Kollegen der AfD, in der Zeit vom 26.Nov war auf der Seite 28 des Wirtschaftsteils in einem Artikel mit der Überschrift: „Den Hetzern treu ergeben“, folgendes zu lesen: Heute verdankt Sie (AfD) ihren Erfolg einem anderen einzigen Thema: den Flüchtlingen. Die wollen die meisten AfD- Anhänger nicht in Deutschland haben. Immer offener zündelt die Partei mit ausländerfeindlichen Parolen, immer schärfer wird der Ton. Und an anderer Stelle heißt es Höcke, Chef der thüringischen AfD und einer, dessen Rhetorik an den Reichsparteitag erinnert, saß neulich bei Günther Jauch und breitete über seine Armlehne eine Deutschlandflagge aus. Flüchtlinge, sagte er, seien „sozialer Sprengstoff“, und die thüringische Landeshauptstadt Erfurt solle „schön deutsch“ bleiben.

(Zitat aus der Zeit vom 26.Nov. Wirtschaftsteil S. 28, Den Hetzern treu ergeben)

Ich würde mich freuen, wenn Sie als AfD-Kreistagsfraktion, sich hier und heute deutlich vom dem Kurs, den Ihre Partei auf der Landes- und der Bundesebene vertritt, distanzieren.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen,

das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfes ist an vielen Stellen beeindruckend. Die Aufwendungen steigen auf 307.328.344 Euro. Auch die Schlüsselzuweisungen steigen um 2.188.193 Euro, allerdings steigt in gleichem Maße auch die Landschaftsverbandsumlage um 3.134.738 Euro. Der Aufwand im sozialen Bereich ohne das Kreisjugendamt hat sich seit 1998 fast verdreifacht, damals lag er bei 36,8 Mio. €, heute ist der Vergleichswert im Produktbereich „05 Soziale Leistungen“ mit 105,9 Mio. € angegeben. In diesem Bereich befinden sich fast ausschließlich Pflichtaufgaben und wir mahnen bei Bund und Land das Konnexitätsprinzip zum wiederholten Mal an. Der Bund hat hier sicherlich schon einiges getan, aber die Schere geht an dieser Stelle weiter auseinander. Wer die Aufgaben bestellt, der muss sie auch bezahlen.

Mit dem Kreishaushalt 2016 wird zum wiederholten Mal das kommunalfreundliche Verhalten des Kreises gegenüber den Städten und Gemeinden deutlich. Bei der mittelfristigen Ergebnisplanung war für 2016 eine Kreisumlage von 128 Mio. Euro veranschlagt worden, verschiedenste Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Kreisumlage auf 123 Mio. deutlich gesenkt werden kann. Dies geschieht vor allem auch durch eine weitere Entnahme von 3 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage. Und nach der neusten Modellrechnung können die Kommunen des Kreises insgesamt mit Mehreinnahmen von 3.713.851 Euro bei den Schlüsselzuweisungen rechnen. Diese Mehreinnahmen werden vom Kreis nicht abgeschöpft. Nur auf die Landschaftsverbandsumlage von derzeit 16,75 % bezogen wären dies für den Kreis Mehreinnahmen von 622.000 Euro gewesen. Diese Zahl macht das vorhin gesagte mehr als deutlich.

Unsere nachhaltige Finanzpolitik – insbesondere die von uns ergriffenen Maßnahmen im Bereich des Controllings – versetzen uns in die Lage die Kreisumlage erträglich zu gestalten und gewissen Entwicklungen zumindest teilweise die Spitzen zu nehmen. Wir sehen uns darin bestätigt, dass wir dem Drängen von verschiedenster Seite nicht nachgegeben und die Ausgleichsrücklage nicht innerhalb weniger Jahre verfrühstückt haben. Diesem Kurs wollen wir auch in Zukunft treu bleiben und somit die Grundlage für eine solide und verantwortbare Finanzpolitik des Kreises, soweit diese in unserer Macht steht, Nachdruck verleihen.

Das Schreiben der Bürgermeister an den Kreis verdeutlicht noch einmal sehr deutlich, dass auch die Städte und Gemeinden die Anstrengungen und eingeleiteten Maßnahmen als positiv herausstreichen: *Dort heißt es: „Uns ist bewusst, dass der Kreis zur Erreichung dieses Ergebnisses, insbesondere auf der Ertragsseite, erhebliche Anstrengungen unternommen hat.“ Von daher konnte das uneingeschränkte Einvernehmen mit allen Kommunen des Kreises erreicht werden.*

Ende 2016 wird die Verschuldung voraussichtlich bei ca. 7,9 Mio. Euro liegen. Auch im

Jahr 2016 soll es keine Neuverschuldung geben und die Gesamtverschuldung wird weiter sinken. Dies ist eine hervorragende Leistung und dieser Kurs sollte nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Natürlich trägt die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit dazu bei, dass wir weiterhin optimistisch in die Zukunft schauen können. Dies belegt sicherlich auch die neuste Zahl zur Arbeitslosigkeit, die im Kreis Heinsberg aktuell 6% beträgt.

Mit unserer Politik haben wir als CDU-Kreistagsfraktion in den vergangenen Jahren mit dazu beigetragen, dass im Kreis Heinsberg eine sehr gute Infrastruktur, vor allem im Bereich des Straßennetzes, entstanden ist, dies war eine Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Betriebe.

Wir liegen im Herzen Europas und unser Blick muss auch immer wieder in die Niederlande und nach Belgien gehen. Antwerpen und vor allem in jüngster Zeit der Containerhafen in Born sind wichtige Standortfaktoren, die vom Kreis Heinsberg aus gut zu erreichen sind, Voraussetzung ist allerdings die gute verkehrliche Anbindung.

Die hoffentlich baldige Fertigstellung der B56n wird sicherlich im südlichen Teil des Kreises zur neuen Ansiedlungen von Gewerbe und zu neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Die B221 Umgehung Wassenberg und der Bau der L 117n sind wichtige Standortfaktoren dafür, dass die größte Logistikbaustelle Deutschlands im interkommunalen Industriepark Rurtal entstanden ist. Die Jago AG eröffnet dort im März 2016 einen neuen Standort und einige hundert neue Arbeitsplätze werden dort entstehen.

Dabei sind wir als Kreis heftiger Kritik ausgesetzt gewesen, weil wir uns finanziell am Bau der L117n beteiligen. Ja, es stimmt, es ist nicht Aufgabe des Kreises Landesstraßen mitzufinanzieren. Aber was will man machen, wenn das Land bzw. die Landesregierung ihre/seine Aufgaben nicht nachkommt und nicht nachkommen kann, weil es vor lauter guten Schulden, kein Geld für notwendige Investitionen in Zukunftsprojekt mehr hat.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen,

auch wenn in diesen Tagen eine große Anzahl Menschen auf Grund von Verfolgung und Krieg in den Kreis Heinsberg kommen und manch einer schon die Hoffnung hat, dass vor allem die vielen jungen Menschen die Problematik des demographischen Wandels entschärfen, so ist dies, so denke ich, zu kurz gedacht.

Der demographische Wandel ist ein Thema, dass uns in den nächsten Jahren begleiten wird und viele Bereiche der Politik betrifft.

Der demographische Wandel ist aber kein Schreckgespenst, nein, diese Entwicklung gilt es als große Herausforderung anzunehmen.

Mit dem kreisweiten Sozialraum-Monitoring konnten wichtige Daten erhoben werden, die für die Gestaltung des demographischen Wandels wichtig sind. Herr Dörr, Leiter der Stabsstelle demographischer Wandel und Sozialplanung, hat in seinen Ausführungen zum Sozialraum-Monitoring darauf hingewiesen, dass die erhobenen Daten keine Datenfriedhöfe, sondern „Daten für Taten“ sein sollen. Letztendlich ist dieses Projekt sicherlich ein Beispiel für die gute interkommunale Zusammenarbeit, aber auch für eine ressortübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit. Dabei müssen diese Daten sicherlich kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Mit der Schaffung eines Sozialmonitorings sollen die dynamischen Prozesse in den Quartieren der kreisangehörigen Kommunen abgebildet werden. Es sollen Entwicklungen in der Jugend-, Alten- und Sozialarbeit frühzeitig erkennbar werden und die Grundlagen geschaffen werden, dass passgenaue Hilfen rechtzeitig zur Verfügung stehen. In Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen wurden 20 Sozialräume gebildet mit unterhalb dieser Ebene zusätzlichen 65 Quartieren.

Es gilt Projekte und Konzepte zu entwickeln. Dabei sind die vorliegenden Daten von großer Bedeutung, wenn es darum geht, entsprechende EU-Fördermittel zu erhalten.

ÖPNV

Im Bereich des ÖPNV ist die Neustrukturierung der West soweit abgeschlossen.

Eine letzte Voraussetzung für den Erhalt der Direktvergabe wurde mit dem Beschluss über die Aufhebung des $\frac{3}{4}$ Quorums getroffen. Bereits vorher haben alle Städte und Gemeinden, die Anteile an der KWH halten, in ihren Räten entsprechende Beschlüsse herbeigeführt.

Dadurch wird dem Kreis, als der zuständigen örtlichen Behörde, eine Kontrollmöglichkeit über die KWH zugestanden, wodurch ein wichtiges Kriterium der EU für die Direktvergabe erfüllt wird.

Seit 2009 verfolgt die West ein bis 2020 angelegtes Sparkonzept (Restrukturierung West). In der Zeit von 2009 bis 2014 wurden bereits rund 549.000 € eingespart.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des West und KVH die diese ermöglicht haben für Ihre geleistete Arbeit ganz herzlich danken.

Für das Jahr 2016 kalkuliert der Haushaltsentwurf des Kreises Heinsberg mit einem Minus bei dem ÖPNV der West Verkehr GmbH in Höhe von 5.453.400 €. Das auszugleichende Minus liegt in diesem Jahr bei 3.935.347 €.

Die steigenden Kosten im Bereich des ÖPNV haben, wie Sie wissen, mit dem Auslaufen des Pachtvertrages zu tun. Sicherlich sind auch zurückgehende Schülerzahlen eine Ursache für die steigenden Kosten. Trotz aller Versuche wird zukünftig der Gewinn aus der Stromsparte nicht mehr ausreichen, um den Verlust aus der Verkehrsparte auszugleichen.

Eine Maßnahme in diesem Rahmen ist sicherlich der Lückenschluss von Linnich nach Baal sowie die Weiterführung der Strecke nach Hückelhoven/Ratheim bis zum Jahre 2030. Die Machbarkeitsstudie befindet sich hier im 3. Untersuchungsteil. Es sind jedoch noch

weitere Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit, Infrastrukturaufwand, weiteren externen Effekten und Finanzierbarkeit anzustellen.

In den kommenden Jahren wird es weiterhin unsere Aufgabe sein, die Attraktivität des ÖPNV/SPNV zu steigern. Dabei gilt es aber immer mit einem Auge auf die Nutzen-Kosten Relation zu achten. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch machbar bzw. finanzierbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ein Ziel im Leitbild des Kreises Heinsberg lautet: **Familien und Jugend im Wettbewerb der Regionen: zukunftsentscheidend**

Wenn es also darum geht, dass junge Familien in den Kreis ziehen sollen, dann müssen wir nicht nur gute Arbeitsplätze schaffen, sondern auch eine ausreichende Zahl Kindertagesstätten anbieten können. Es braucht entsprechende schulische Angebote.

Im Bereich von U-3 Plätzen haben wir schon viel erreicht, aber die neusten Zahlen machen deutlich, dass wir nicht nachlassen dürfen und zusätzliche Plätze schaffen müssen.

Seit dem Jahre 2008 bis heute wurde der Ausbau der Kindertagesstätten mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von ca. 8,5 Mio. € vorangetrieben. Weitere 620 t€ an Bundesmitteln für den U3-Ausbau sind beim Land beantragt. Bewilligt sind bisher 287 t€; weitere Bewilligungen werden erwartet.

Ferner kann der Kreis aus den Investitionsförderungsmitteln des Bundes für den Zeitraum 2016-2018 mit Fördermitteln in Höhe von 5,2 Mio. € rechnen. Da die Verwendungsmöglichkeiten im konsumtiven Bereich sehr begrenzt sind, sollte nach unserer Auffassung ein beträchtlicher Teil dieser Summe in den Kitausbau investiert werden.

Die Geburtenzahlen und die Nachfragerquoten bestätigen jedenfalls den weiterhin wachsenden Bedarf. Ein zusätzlicher Bedarf ergibt sich wahrscheinlich durch den Wegfall des Betreuungsgeldes sowie durch die zu erwartende Anzahl an Flüchtlingen im Kindergartenalter, so dass der Mehrbedarf für Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten derzeit auf bis zu 2 Mio. € geschätzt wird. Die derzeitigen Prüfungen des Kreisjugendamtes machen deutlich, dass nun vermehrt auch im Ü3-Bereich Plätze fehlen, nicht zuletzt, weil aufgrund der sinkenden Kinderzahlen in den vergangenen Jahren vorrangig durch Umwandlungen U3-Plätze geschaffen wurden. Da die Geburtenrate stabil bleibt, ist hier künftig besonderes Augenmerk darauf zu legen. An dieser Stelle möchte ich allen Trägern ganz herzlich danken für die unkonventionelle Art und Weise, um den entstandenen Engpass vorübergehend zu beheben.

Erfreulich war zu hören, dass das Land voraussichtlich eine Anpassung der Kostenpauschale für die Kita-Träger von 1,5 auf 3 Prozent vornehmen will. Allerdings ist dies mal wieder eine Verbesserung für kurze Zeit, denn diese Anhebung soll nur

übergangsweise vom Land gezahlt werden und auf Dauer müssen die Kommunen sich an den Kosten beteiligen. Ein altbekanntes Muster dieser Landesregierung. Standards werden angehoben, **übergangsweise** wird gezahlt und dann schauen die Kommunen wieder in die Röhre. Wir zahlen wieder einmal letztendlich die Zeche für eine unausgegrenzte Landespolitik.

Fraktionskollege Harald Schlößer hat es seiner Zeit auf den Punkt gebracht. Hannelores Standardprogramm lautet.

„Ich tue Gutes und zahlen sollen die Anderen“.

Dies gilt auch für das Thema Inklusion,

das ist in diesen Tagen wieder sehr präsent. Auch in diesem Politikfeld wird deutlich, mit welchem Dilettantismus die Landesregierung solch gesellschaftspolitisch bedeutsame Entwicklungen versucht umzusetzen.

Seit Jahren weisen wir als CDU-Kreistagsfraktion auf die Missstände hin, doch bis heute gibt es nur kosmetische Maßnahmen.

*In einem Zeitungsartikel in der Heinsberger Zeitung, Ausgabe vom 30.11.2015 heißt es:
Etwa 100 Lehrkräfte – vor allem Sonderpädagogen – würden im Kreis Heinsberg fehlen.
„Die Schulen im Kreis brauchen für die Inklusion nach eigenen Angaben
vordringlich: mehr Stellenressourcen sonderpädagogischer Förderung, mehr Zeitressourcen für
Absprachen und Beratung und mehr und bessere Räumlichkeiten“, so die Einschätzung des
Kreisverbandes Heinsberg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.*

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen es braucht dringend eine **optimale** Förderung aller Kinder mit oder ohne Handicap.

Die Inklusion wurde lauthals propagiert, aber durchdacht ist gar nichts. Am Ende bezahlen die Kinder, Eltern und Lehrer sowie die kommunalen Schulträger die Zeche.

Wir wollen die Inklusion, aber nicht so. Eine **optimale** Betreuung der Kinder sieht anders aus.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist sehr froh, dass es uns gelungen ist im Bereich der Förderschulen eine gute Lösung zu finden. Mit der Übernahme der Trägerschaft der Mercator-/Don-Bosco-Schule durch den Kreis Heinsberg haben wir ein deutliches Signal gesetzt. Wir wollen für die Kinder und Eltern ein verlässlicher Partner sein. Wir werden alles dafür tun, damit die Kinder eine optimale Förderung erhalten.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in diesem nun ablaufenden Jahr sind viele wichtige Entscheidungen getroffen worden, Vieles ist gut auf den Weg gebracht.

Im kommenden Jahr 2016 werden die Aufgaben nicht leichter, wichtige Themen sind sicherlich die Entwicklungen im sozialen Bereich, der demographische Wandel mit all seinen Facetten und Chancen und die Neufassung unserer Leitbildes.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Am Ende meiner Ausführungen gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit, für die Geduld und Bereitschaft, alle anstehenden Fragen in Sachen Haushalt mit der gewohnten Sachkompetenz zu beantworten.

Am heutigen Abend möchte ich einem lieben Menschen ganz herzlich danken. Herr Schöpfgens, Sie haben mit dem Haushalt 2016 zum 19. Mal verantwortlich gezeichnet bei der Zusammenstellung des Zahlenwerkes. Der Haushalt 2016 ist der letzte in Ihrer Dienstzeit.

Wir, die CDU-Kreistagsfraktion, möchten uns noch einmal ganz herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit in all diesen Jahren mit Ihnen bedanken. In vielen Sitzungen haben Sie die ebenso vielen Fragen geduldig und mit absoluter Fachkompetenz beantwortet. Und Sie haben auch so manchen Abend mit unserem Fraktionsarbeitskreis für Haushalt und Finanzen verbracht. Ihre Sachkompetenz und auch Ihre konservative Art zu wirtschaften haben mit dazu beigetragen, dass der Kreis Heinsberg heute so gut dasteht. Für diese hervorragende Leistung möchten wir uns bei Ihnen ganz herzlich bedanken.

Ich möchte mich aber auch bei Ihnen ganz persönlich bedanken. Sie haben dem Theologen und Fraktionsvorsitzenden in vielen Zusammenkünften die finanziellen Zusammenhänge geduldig erläutert, dafür möchte ich noch einmal danke sagen.

Wenn Sie zum Anfang des Jahres das Schiff Kreisverwaltung verlassen werden, dann geht jemand von Bord, der mit prägend war für den Kurs dieses Schiffes.

Wir wünschen Ihnen für den Ruhestand, dass all das in Erfüllung geht, was Sie sich vorgenommen haben.

Wir wünschen Ihnen Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Gottes Segen für Ihre Zukunft.
Herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2016 zu.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.